

Stärkung der sozialen Dimension der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion?



Analyse und Kritik des Vorschlags der Europäischen Kommission

Otto Meier



Der Autor nimmt für die Europäische Bewegung Christlicher Arbeitnehmer Stellung zu einem Vorschlag zur „Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion“, den die Europäische Kommission im Oktober 2013 an das Europäische Parlament und den Europäischen Rat eingereicht hat. Das Europäische Parlament fordert jedoch gezieltere Vorschläge. Denn das Konzept der Kommission bleibt beschränkt auf eine genauere Analyse und Dokumentation, die helfen sollen, soziale Fehlentwicklungen in den Mitgliedsländern schneller zu erkennen. Die Umsetzung sozialpolitischer Programme, etwa zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, scheitert dagegen in vielen Ländern an den zu geringen finanziellen Mitteln. Haushaltsdisziplin und Schuldenabbau haben einen höheren Stellenwert. Eine echte Solidarität der reichen Mitgliedsländer gegenüber den schwächeren (ähnlich wie bei der Rettung von Banken) ist politisch nicht gewollt.

Die Europäische Bewegung Christlicher Arbeitnehmer (EBCA), die mit zwölf Mitgliedsbewegungen in Europa aktiv ist, fordert deshalb in einer Erklärung zu den Europawahlen eine veränderte Politik: Die soziale Situation der Menschen muss verbessert werden. Die derzeitige Sparpolitik kann so nicht weitergeführt werden. Denn sie ist in vielen Ländern die Hauptursache für die immer größer werdende Spaltung zwischen arm und reich.

Die EBCA – Mitgliedsbewegung in Deutschland ist die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) – analysiert seit Jahren die soziale Entwicklung in Europa. Sie sieht mit großen Sorgen die Zunahme der Arbeitslosigkeit, vor allem in den südeuropäischen Ländern, und den Rückgang der Einkommen bei den mittleren und unteren Einkommensgruppen in ganz Europa. Der Vorschlag zur „Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion“, den die Europäische Kommission im November 2013 dem

Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat vorgelegt hat, ist daher von der EBCA mit besonderem Interesse zur Kenntnis genommen worden. Er reiht sich ein in eine Liste von 21 Dokumenten, die allein in den letzten vier Jahren Impulse zur Verbesserung der sozialen Lage geben sollten. Da somit grundlegende Analysen und Empfehlungen bereits auf dem Tisch liegen, der politische Wille zum gemeinsamen Handeln jedoch fehlt, stellt sich die Frage, ob der neue Vorstoß der Kommission die Wende bringen kann.

Die Ausgangssituation

„Wir zahlen nicht für eure Krise!“ Die Plakate der Demonstranten in vielen Europäischen Städten sind uns noch sehr präsent. 120 Millionen Menschen sind lt. Eurostat von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen, das sind 24% aller EU-Bürger. Über 60% der Jugendlichen Griechenlands sind arbeits-

los. Auch Spanien und Italien haben eine Jugendarbeitslosigkeit von über 40%. Die Bürgerinnen und Bürger Europas haben in den letzten Jahrzehnten die EU vor allem von Wirtschaftsinteressen gesteuert erlebt. Umso mehr überrascht die Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament vom 2.10.2013: „Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion“. Um es gleich vorweg zu nehmen: Es geht nicht um den Aufbau eines europäischen Sozialsystems, das länderübergreifend wirksam wäre, sondern um die Flankierung und Unterstützung von sozialpolitischen Maßnahmen, die die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten ergreifen. Im Vertrag von Lissabon ist im Artikel 2d geregelt, dass „die Union Initiativen ergreifen kann zur Koordinierung der Sozialpolitik der Mitgliedstaaten.“ Dies wird in Artikel 18 Abs. 3 weiter ausgeführt. Demnach kann der Rat, „sofern die Verträge hierfür keine Befugnisse vorsehen, gemäß einem besonderen Gesetzgebungsver-